Bezugspreis für Dezember durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart) „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr) „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung". „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich)
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 18 Ecke Hamburger Straße – **Fernsprecher** Nr 2448 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. – Rheine Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion. Paul Fr. Hüsgen Berlin SW 48. Hedemannstraße 25 Fernsprecher Hasenheide 883

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Die mm Höhe 29 mm breit kosten für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg. Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel, und Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg. für sonstige Anzeigen aus dem Reg. Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg. bei Barzahlung 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg.
Reklamen: Die mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 1 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe — **Montag, den 5. Dezember 1927** — **76. Jahrgang. Nr. 1254**

Wirtschaftsdebatte im Reichstage.

‡ **Berlin**, 3. Dezember.

Am Regierungstisch Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius.

Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung um 13 Uhr.

Die Aussprache über die Wirtschaftspolitik in Verbindung mit dem soz. demokratischen und kommunistischen Mißtrauensantrag wird fortgesetzt. Die Abstimmung über die Mißtrauensanträge wird voraussichtlich erst am Dienstag stattfinden.

Abg. **Rauch**-München (BVB.) verweist auf die Notlage des Mittelstandes in Handel und Gewerbe und der Landwirtschaft. Diese Kreise seien weit stärker betroffen, als die Industrie. Die deutsche Landwirtschaft sei hinsichtlich der Selbstkosten im Verhältnis zur Auslandskonkurrenz vorbelastet. Darum dürfe man den Ruf nach Zollabbau nicht generell auch für alle Zweige der Landwirtschaft erheben. Die Landwirtschaft, vor allem die Milch und Fleisch erzeugende Landwirtschaft, befinde sich ohne ihr Verschulden in einer schweren Krise. Die notwendigen Kredite der Landwirtschaft seien so hoch verzinst worden, daß darunter die landwirtschaftliche Produktion leiden mußte. Außer einer großzügigen Entschuldungsaktion sei auch eine Verbilligung der Betriebskredite nötig. Der Redner bezeichnet einen gesunden Föderalismus als notwendig, um in den ärmeren Landern nicht die Reichsverdrossenheit anwachsen zu lassen. Die notwendige Reform und Verbilligung der Verwaltung sei auch ohne Zentralismus möglich. Der Einheitsgedanke sollte sich besser durchsetzen im Verhältnis der Wirtschaftsverbände zueinander.

Abg. **Urbahns** (linker Komm.) kritisiert die Haltung der sowjetrussischen Delegation in Genf. Das Auftreten dieser Delegation spreche aller marxistischen Erkenntnis Hohn.

Graf zu **Reventlov** (Nat.-Soz.) erklärt, die ganze Debatte stehe im Zeichen der Verschleierung gegenüber dem deutschen Volke. Der eigentliche Inspirator des Gilbert-Memorandums sei Dr. Stresemann. Der Redner fordert Aufhebung des Dawesabkommens, das an allem Schuld trage.

Abg. **Schröder**-Mecklenburg (Völk.) sieht die Ursache der Mängel der kommunalen Finanzpolitik in der Erzbergerschen Steuerreform. Die Gemeinden müßten wieder das Zuschlagsrecht erhalten. Auf die ganze deutsche Produktion sollte man eine besondere Dawessteuer legen, damit jeder Deutsche die schwere Daweslast kennenlerne.

Abg. **Bachmann** (Dntl.) bespricht die Kreditverhältnisse der Landwirtschaft und betont, daß die von der Landwirtschaft dafür aufzubringenden Mittel in schreiendem Mißverhältnis zu den niedrigen Preisen ihrer Produkte ständen. Die hohen Steuerlasten seien für die Landwirtschaft kaum tragbar. Der Redner bezeichnet die Forderungen der sozialdemokratischen Interpellation als größtenteils undurchführbar. Die jetzt schon kaum tragbaren Soziallasten dürften unter keinen Umständen weiter erhöht werden.

Abg. Dr. **Hilferding** (Soz.) erklärt in seinem Schlußwort, wenn Reichsarbeitsminister und Reichswirtschaftsminister erklärt hätten, noch keine Regierung zuvor habe so große Schwierigkeiten zu bewältigen gehabt, so treffe das höchstens zu für die großen Schwierigkeiten, die der Reichsinnenminister seinen Ministerkollegen bereite, zuletzt wieder durch sein Telegramm an die Studenten. Stresemann und Rathenau hätten seinerzeit vor weit größeren Schwierigkeiten gestanden, wobei Rathenau mit seinem Leben bezahlen mußte. Für die Aufrollung des Reparationsproblems sei der Zeitpunkt erst gekommen, wenn die Wahlen in Frankreich, England, Amerika und Deutschland einen Sieg der Linken gebracht haben. Durch die falsche Taktik des Reichsfinanzministers sei der Reparationsagent in die Rolle eines Finanzberaters gedrängt worden, eine Rolle, die im Dawesabkommen keine Stütze finde. Der Redner tritt entschieden der Auffassung entgegen, als seien die ausländischen Kredite in Deutschland verschwenderisch vergeudet worden. Der jetzige Finanzminister habe allerdings bei den Länderzuwendungen eine gewisse Verschwendung getrieben, um die Bayerische Volkspartei bei der Koalition zu halten. Abgesehen davon könne man uns aber keine Verschwendung vorwerfen. Unsere nach dem Kriege vollkommen zusammengebrochene Wirtschaft könne nur wieder aufgebaut werden, wenn ihr jährlich 11—12 Milliarden Auslandskapital zufließen. Es sei darum unverantwortlich, wenn der Reichsbankpräsident durch seine Reden den deutschen Kredit im Ausland schädige. Die Auslandkredite seien in Deutschland sehr verständig verwertet worden zum Wiederaufbau der Handelsflotte, des Kohlenbergbaues, der Schwerindustrie und einer chemischen Industrie, um die uns die ganze Welt beneide. Wir sollten auf diese Beweise deutscher Kraft stolz sein und nicht durch dumme Selbstbeschuldigungen unseren Kredit schädigen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Auch die Angaben Schachts über die verschwenderische Wirtschaft der Städte seien falsch. Bei einem Vergleich der Budgets von Newyork und Berlin schneide Berlin außerordentlich gut ab. Nach einem Hinweis auf die Wiederaufbauarbeit der deutschen Wirtschaft und den wachsenden Sparsinn des deutschen Volkes erklärt der Redner, ein solches Volk brauche nicht zu dulden, daß sein Ansehen in der Welt durch ungerechte Vorwürfe des Reichsbankpräsidenten herabgesetzt wird. Der Reichsbankpräsident müsse seine Tätigkeit in Einklang bringen mit der Wirtschaftspolitik für die die Reichsregierung und der Reichstag verantwortlich seien. Der Redner stimmt den entscheidenden Teilen der Rede des Reichswirtschaftsministers zu, bedauert aber, daß die Reichsregierung diese Ansichten nicht durchsetze. Zum Schluß spricht der Redner der Reichsregierung das schärfste Mißtrauen aus. Das Mißtrauensvotum hat den Zweck, die Regierung aufzufordern, keinen Tag zu verlieren und an das Volk zu appellieren. Dieser Reichstag entspreche nicht mehr dem Willen des Volkes. (Lebhafter Beifall der Sozialdemokraten.)

Damit ist die Besprechung der Interpellation erledigt. Ueber die Mißtrauensvoten wird am Dienstag abgestimmt werden.

Das Haus vertagt sich auf Montag 16 Uhr: Interpellation zur Wirtschaftslage im Osten und im Rheinland.

Schluß 16,15 Uhr.



Der polnische Ministerpräsident Pilsudski,
dessen Interview über die litauische Frage gegenüber der polnischen Telegraphen-Agentur als Ultimatum an den Völkerbundsrat aufgefaßt wird, alle Forderungen der polnischen Note zu erfüllen.

Die ersten Besprechungen in Genf.

‡ **Genf**, 4. Dez. (Tel.) Im Laufe des heutigen Sonntags haben bereits die ersten Fühlungnahme zwischen den zu der Ratstagung eingetroffenen Außenministern stattgefunden. Briand und Chamberlain trafen in dem gleichen Zuge heute vormittag aus Paris ein, mit ihnen Lady Chamberlain und Loucheur. Der polnische Außenminister Zaleski ist bereits gestern abend hier eingetroffen.

Briand hatte heute vormittag längere Aussprachen zunächst mit Paul Boncour, sodann mit Zaleski, Benesch und dem französischen stellvertretenden Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol. Der englische Außenminister war von Br and zu einem Frühstück eingeladen worden, an dem weiter keine Persönlichkeiten teilnahmen. Im Laufe des Nachmittags empfing Briand den Präsidenten der Abrüstungskommission Loudon und den Präsidenten der gegenwärtigen Ratstagung, den chinesischen Gesandten Tscheng Loh. Es steht jedoch noch nicht endgültig fest, ob dieser tatsächlich morgen den Vorsitz im Rat übernehmen wird.

Dr. Stresemann traf heute mittag aus Nürnberg hier ein. In seiner Begleitung befand sich Ministerialdirektor Gaus und Legationsrat Redlhammer. Dr. Stresemann ist, wie üblich, im Hotel Metropol abgestiegen. Staatssekretär von Schubert wird erst am Dienstag hier erwartet, da er am Montag im Rheingebiet weilt. Heute nachmittag trifft der übrige Teil der deutschen Delegation mit dem Reichspressechef Zechlin hier ein.

In der Unterredung zwischen Briand und Stresemann heute nachmittag wird in erster Linie die Regelung des polnisch-litauischen Konflikts zur Erörterung gelangen. Hierüber sind in den letzten Tagen noch eingehende Verhandlungen zwischen der englischen, französischen und deutschen Regierung geführt worden, ohne daß bisher ein abschließendes Ergebnis dieser Verhandlungen vorliegt. Im Vordergrund steht noch immer die Schaffung eines Dreierkomitees, dem die weitere Behandlung des polnisch-litauischen Streitfalles übertragen werden soll. Ob Deutschland an diesem Dreierkomitee teilnehmen wird, steht bis zur Stunde noch nicht fest und wird wohl erst in der heutigen Unterredung zwischen Briand und Stresemann geklärt werden. Von deutscher Seite wird man wohl nach wie vor mit großem Nachdruck jede Einschränkung der Unabhängigkeit Litauens ablehnen und auf eine friedliche Regelung des Streitfalles drängen.

Der litauische Ministerpräsident Woldemaras trifft heute nachmittag in Genf ein. Es steht zur Stunde immer noch nicht fest, ob und wann Pilsudski nach Genf kommen wird. In Völkerbundskreisen rechnet man jedoch nach wie vor mit der Möglichkeit, daß Pilsudski an den voraussichtlich Ende der Woche stattfindenden polnisch-litauischen Verhandlungen im Völkerbundsrat teilnehmen wird.

Die Aussprache der Außenminister

Ein Fünferkomitee für den polnisch-litauischen Konflikt?

‡ **Genf**, 4. Dez. (Tel.) Im Laufe des heutigen Nachmittags und Abends haben weitere Verhandlungen der hier eingetroffenen Außenminister stattgefunden. Nachmittags suchte Litwinow Briand im Hotel de Bergh auf, wo etwa eine Stunde verhandelt wurde.

Um fünf Uhr begab sich Dr. Stresemann zu Briand ins Hotel de Bergh. Die Unterredung zwischen den beiden Außenministern dauerte bis sechs Uhr. Anschließend empfing Dr. Stresemann Litwinow im Hotel Metropol. Unterdessen hatte Chamberlain den Besuch des polnischen Außenministers Zaleski entgegengenommen.

Im Laufe des heutigen Nachmittags ist auch der litauische Gesandte, Ministerpräsident Woldemaras hier eingetroffen, ferner der polnische Komissar in Danzig, Strasburger.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen steht gegenwärtig ausschließlich die polnisch-litauische Frage. Der Gedanke eines Dreierkomitees ist gegenwärtig in den Hintergrund getreten. Statt dessen will man ein Fünferkomitee bilden, das, unter dem Vorsitz des holländischen Außenministers Blockland tagen soll, der auch zum Berichterstatter für den polnisch-litauischen Streitfall im Rate ernannt werden soll. Nach den bisherigen Verhandlungen soll das Fünferkomitee sodann noch aus Briand, Stresemann, Chamberlain und dem japanischen Botschafter in Paris, Adatschi, bestehen, jedoch ist eine Entscheidung noch nicht gefallen.

Zur Besprechung Stresemann – Litwinow.

tu **Genf**, 4. Dez. Die Unterredung zwischen Litwinow und Stresemann im Hotel Metropol, die heute abend anschließend an die Unterredung Br and-Stresemann stattfand, dauerte fast anderhalb Stunden. Ueber den Inhalt der Unterredung wird von beiden Seiten Stillschweigen bewahrt. Im Mittelpunkt der Unterredung hat zweifellos der litauisch-polnische Streitfall und die Stellungnahme der Moskauer Regierung zu den bereits eingeleiteten Verhandlungen gestanden. Nach Litwinow suchte der japanische Untergeneralsekretär des Völkerbundes, Sugimura, Dr. Stresemann auf.

Von russischer Seite wird zu der heutigen Unterredung zwischen Briand und Litwinow mitgeteilt, daß auch der polnisch-litauische Konflikt erörtert worden sei. Litwinow habe an Briand das Ersuchen gerichtet, die Warschauer Regierung zur Mäßigung anzuhalten, um übereilten Schritten der polnischen Regierung vorzubeugen. Die russische Delegation hält bisher an ihren Reisedispositionen für Montag vormittag fest. Der englische Außenminister Chamberlain weilt mit Lady Chamberlain zu einem Diner bei Sir Eric Drummond.

Keine Zusammenkunft Chamberlains mit Litwinow?

Ein französischer Vermittlungsversuch im Interesse einer englisch-russischen Zusammenkunft gescheitert.

tu **Genf**, 4. Dez. Wie in englischen Kreisen verlautet, soll es nunmehr endgültig feststehen, daß keine Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Litwinow stattfinden wird. In den letzten Tagen war durch Vermittlung eines der maßgebendsten Mitglieder der französischen Delegation in der Abrüstungskommission die Anfrage über Paris an die englische Regierung gerichtet worden, ob Chamberlain bereit sein würde, Litwinow in Genf zu empfangen. Der englische Außenminister Chamberlain soll sich hierzu grundsätzlich bereiterklärt haben, jedoch haben einige Mitglieder des englischen Kabinetts Chamberlain veranlaßt, diesem Wunsche Litwinows nicht stattzugeben, da diese Kreise sich von einer Zusammenkunft zwischen Litwinow und Chamberlain keinen praktischen Nutzen versprechen. Aus diesem Grunde soll Chamberlain der französischen Delegation nunmehr mitgeteilt haben, daß er nicht in der Lage sei, Litwinow in Genf zu empfangen. Die Entscheidung hierüber soll erst im Laufe des heutigen Tages auf Grund einer nochmaligen direkten Nachfrage in London erfolgt sein. Man wird gleichwohl eine Bestätigung dieser englischen Lesart abzuwarten haben.

Danzig als polnische Militärbasis?

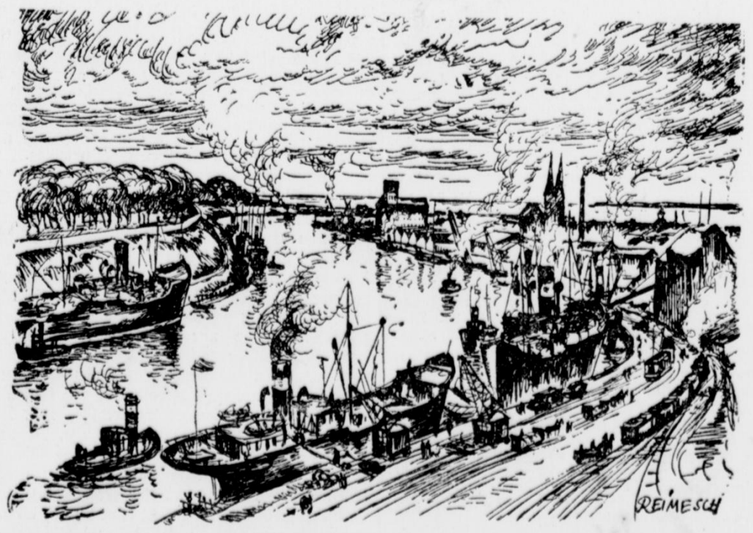
Ein Geheimbefehl Pilsudskis?

tu **Berlin**, 3. Dez. Auf der bevorstehenden Tagung des Rates gelangt die Frage der polnischen Munitionslager auf der Westerplatte sowie des Danziger Anlegehafens für polnische Kriegsschiffe zur Verhandlung. In diesem Zusammenhang kann die Frage akut werden, inwieweit die polnische Regierung berechtigt ist, eine Garnison in Danzig zu unterhalten.

Bereits vor einiger Zeit wurden durch die Presse Einzelheiten über die Organisation polnischer militärischen Stellen in der Freien Stadt Danzig bekannt. Die Danziger Regierung erklärte damals, daß sie sich an die Völkerbundsinstanzen wenden werde, da nach der Danziger Verfassung die Freie Stadt nicht als militärische Basis dienen dürfe. Wie später durch die Beantwortung einer kleinen Anfrage im Danziger Landesparlament bekannt wurde, hatte der mit der Angelegenheit befaßte Danziger Völkerbundskommissar van Hamel trotz der detaillierten und offensichtlich auf amtlichen Stellen beruhenden Nachrichten keinen Anlaß zum Eingreifen gegen Polen gefunden. zum Eingreifen gegen Polen gefunden.

Im Hinblick auf die außerordentliche Gefahr, die Danzigs Selbständigkeit von polnischer Seite zu drohen scheint gibt die Telegraphen-Union den Inhalt eines Geheimbefehls des polnischen Kriegsministeriums Nr. 30 von 31. Oktober 1927 bekannt, in dem unter Aufhebung der bisherigen Bestimmungen neue Anordnungen über die Organisation und Stärke der polnischen militärischen Formation in Danzig gegeben werden. Der Tagesbefehl ist von Pilsudski unterzeichnet. Die wichtigsten Bestimmungen des Tagesbefehles des polnischen Kriegsministeriums sind folgende: Die Aufgabe der Militärabteilung des Generalkommissariats der Republik Polen in Danzig ist die militärische Interessenvertretung im Gebiet der Freien Stadt Danzig. Die Militärabteilung besteht aus je einer Abteilung für Land- und Seeangelegenheiten. Die Militärabteilung ist Verwaltungszentrale für alle im Gebiet der Freien Stadt Danzig befindlichen Militäreinrichtungen. Der Chef der Militärabteilung ist Kommandant der Garnison im Gebiete der Freien Stadt Danzig.

Zu diesen polnischen Anordnungen muß darauf hingewiesen werden, daß nach Artikel 4 der Danziger Verfassung Danzig nicht als Militärbasis benutzt werden darf. Polen ist als Mitglied des Völkerbundes Mitgarant der Danziger Verfassung. Es wird Aufgabe der maßgebenden Stellen in Genf und Danzig sein zu prüfen wie weit die Neuordnung der polnischen Militärbestände in Danzig, wie sie aus dem Tagesbefehl des polnischen Kriegsministeriums hervorgehen, mit den Bestimmungen der Danziger Verfassung in Einklang zu bringen sind.



Der Danziger Hafenkanal bei Neufahrwasser, links die bewaldete Westerplatte, auf der die Polen ein Munitionsdepot angelegt haben.

Die Beratung des Reichsschulgesetzes.

vdz **Berlin**, 3. Dez. (Tel.) Im Bildungsausschuß des Reichstages wurde am Samstag der von der Deutschen Volkspartei beantragte neue Paragraph 10 angenommen, der den Gemeinden ein Mitwirkungsrecht bei der Entscheidung über Anträge auf Einrichtung oder Umwandlung von Schulen geben will. Die kommunistischen Aenderungsanträge dagegen wurden abgelehnt.

Der Ausschuß beriet dann den § 11 der Vorlage, der von der Anfechtung der Entscheidung handelt. Die Regierungsvorlage schlägt dafür „nähere Bestimmung des Landesrechts", ein verwaltungsrechtliches Verfahren vor, mit dem obersten Verwaltungsgericht der Länder oder dem künftigen Reichsverwaltungsgericht als oberster Instanz. Abg Dr. Löwenstein (Soz.) beantragte Streichung dieser Bestimmung oder wenigstens Beschränkung des Verfahrens auf rein juristische Fragen unter Ausschaltung von Ermessensfragen. Abg Dr. Heintze (D. V) trat für die Vorlage ein und zwar gerade mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Verwaltungsgerichtsbarkeit in den einzelnen Ländern. Ein Vertreter Preußens verlangte gleichfalls Streichung, weil die Einfügung des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens die staatliche Schulverwaltung zugunsten des Elternwillen vollkommen ausschalte. Auch solle man dem künftigen Gesetz über ein Reichsverwaltungsgericht nicht vorgreifen. Ein Vertreter Bayerns schloß sich diesem Verlangen an, weil er die Verwaltungsgerichtshoheit der Länder aufrecht erhalten will. Der preußische Ministerialdirektor Kaestner unterstrich als Referent des Reichsrats die Ausführungen der beiden Ländervertreter. Frau Abg. Dr. Bäumer (Dem.) beantragte, das Verwaltungsgerichtsverfahren nur zuzulassen, „soweit Rechtsverletzung" behauptet wird. Abg. Dr. Schreiber (Z.) hielt die richterliche Nachprüfung des Antragsrecht für notwendig, weil man in einzelnen Ländern mit den Unrechtsverwaltungen schlechte Erfahrungen gemacht habe. Abg. Rosenbaum (Kom.) beantragte gleichfalls Streichung des § 11. Ministerialdirektor Pellengahr teilte mit, daß das Reichskabinett zu dieser Frage noch nicht erneut Stellung habe nehmen können. Das Innenministerium jedenfalls halte zunächst an der Fassung der Vorlage fest, es wolle nicht in das landesrechtliche Verfahren eingreifen. Nichts einzuwenden hat die Regierung gegen den Antrag der Deutschen Volkspartei, wonach das Landesrecht den Antragstellern und auch den Gemeinden ein verwaltungsgerichtliches Verfahren zu eröffnen hat. Abgelehnt wurde ein Antrag Dr. Schreiber (Z.), nur den Antragstellern, nicht aber den Gemeinden ein verwaltungsgerichtliches Verfahren zu eröffnen. Auch die anderen Abänderungsanträge fanden keine Mehrheit. Angenommen wurde nur ein Antrag der Regierungsparteien, der dem zweiten Absatz des § 11 folgende Fassung gibt: Im letzten Rechtszuge entscheidet das Reichsverwaltungsgericht, nach Maßgabe eines besonderen Reichsgesetzes. Bis dahin steht die Entscheidung im letzten Rechtszuge den Oberverwaltungsgerichten der Länder zu. — Die Weiterberatung wurde vertagt.

Preußischer Landtag.

vdz **Berlin**, 3. Dez. (Funkspruch.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. **Pieck** (K.) daß der Landtag durch sofortige Beratung verschiedener kommunistischer Anträge Stellung gegen den Abbau des Mieterschutzes nehme. Das kommunistische Verlangen scheitert, da Widerspruch erhoben wird.

Eine Reihe von Anträgen über Siedlungsbauten wird der Ausschußberatung überwiesen.

Der Entwurf über die Oeffentlichkeit bei richterlichen Disziplinarverfahren wird gegen die Rechtsparteien endgültig verabschiedet. Bei der gestrigen Abstimmung hatte sich bekanntlich das Haus als beschlußunfähig erwiesen. Angenommen wurde auch der Ausschußantrag, die Oeffentlichkeit auch für das Disziplinarverfahren aller anderen sofort einzuführen und zugleich die zweite Instanz so zu regeln, daß eine öffentliche mündliche Verhandlung möglich ist.

Das Haus ging über zur Beratung der Anträge über die

stellenlosen Junglehrer.

Abg. **König**-Swinemünde (S.) erklärt: Leider seien alle Bemühungen der preußischen Regierung, beim Reich etwas zu erreichen, gescheitert. Es sei unbedingt notwendig, die Mittel zur Behebung der Not der Junglehrer zu erhöhen.

Abg. **Beuermann** (DV.) und Abg. **Gottwald** (Z.) fordern tatkräftige Maßnahmen.

Annahme fand der Ausschußantrag, der das Staatsministerium ersucht, in einer besonderen Drucksache dem Landtag die Darlegung der Notverhältnisse der Junglehrer zu geben und mit tunlichster Beschleunigung den Entwurf eines Gesetzes zu einer Neuregelung der Schulunterhaltung vorzulegen. Er bezweckt, die überlasteten Schulverbände zu entlasten, die Teilung stark gefüllter Klassen herbeizuführen und die vielfach ganz unzulänglichen Bauverhältnisse zu bessern.

Bei der Beratung des Berichtes, der die Verordnung über die Herabsetzung der Verwaltungsgebühren betrifft, wurde Abstimmung beantragt über den Ausschußvorschlag, das Staatsministerium zu ersuchen, um eine Gleichstellung der Feuerbestattung mit der Erdbestattung herbeizuführen, die Gebühren für Feuerbestattung aufzuheben. Rechte und Zentrum stimmten gegen den Antrag. Der Hammelsprung ergab die Beschlußunfähigkeit des Hauses, so daß über die weiteren Ausschußanträge noch nicht entschieden wurde.

In der neuen Sitzung wurde ohne Aussprache der Antrag des Hauptausschusses über Milderung des Verfahrens zur Befreiung von dem Ehehindernis des § 1312 BGB. gegen die Rechtsparteien und Zentrum angenommen.

Das Gutachten über die geltenden Ansprüche der früheren Standesherrlichen Inhaber von Bergregalen in Preußen wurde der Ausschußberatung überwiesen.

Das Haus stimmt dann Anträgen des Handelsausschusses zu. Weiter wurden zahlreiche Anträge des Unterrichtsausschusses angenommen, die u. a. die Abtrennung des gesamten Küsterdienstes bei sämtlichen verbundenen Kirchen- und Schulämtern verlangen. Außerdem soll die Geschwisterermäßigung des Schulgeldes nur auf Antrag der Erziehungsberechtigten gewährt werden. Besonders sollen die Interessen der kinderreichen Familien berücksichtigt werden. Die Frage der Einführung einer täglichen Turnstunde soll durch Versuche in größerem Umfange als bisher erneut geprüft werden.

Es folgt die Beratung des demokratischen Urantrages, der das Staatsministerium ersucht, auf die Reichsregierung angesichts der Ausweisungen der deutschen Redakteure aus dem Memelgebiet dringend einzuwirken, daß die Memelkonvention und die bindenden Erklärungen der litauischen Regierungen eingehalten werden und die Gewaltmaßnahmen gegen Deutsche aufhören. Wenigstens sollten die Ausweisungen nicht auf einmal, sondern nach und nach erfolgen. Das Staatsministerium müsse erklären, welche Vorbereitungen es für die Aufnahme dieser Optanten getroffen habe.

Abg. Dr. **Grzimek** (Dem.) gab der Erwartung Ausdruck, daß Litauen nicht nur die Genfer Memelkonvention in Zukunft durchführen, sondern vor allem auch in der Optantenfrage das erforderliche Entgegenkommen beweisen werde. — Auf seinen Antrag wurde der Antrag dann an den Hauptausschuß zur weiteren Beratung überwiesen.

Nach längerer Debatte vertagt sich das Haus auf Montag 13 Uhr: Studentenrecht, Niedersachsenprogramm, kommunistische Mieteranträge und kleine Vorlagen.

Stillegung der deutschen Großeisenindustrie?

Betriebsstillegungsanzeige zum 1. Januar 1928.

zu Berlin, 3. Dezember. (Tel.)

Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller teilt mit:

Nachdem die Gewerkschaften auf ihren außerordentlich hohen Forderungen zur Durchführung des schematischen Achtstundentages, strikter Durchführung der Verordnung vom 16. Juli 1927, bei vollem Lohnausgleich sowie außerdem einer allgemein sehr weitgehenden Lohnerhöhung verharrt und die bisher geführten Verhandlungen aus diesem Grunde zu keinem Ergebnis geführt haben, haben sich die Werke der westlichen Großeisenindustrie gezwungen gesehen, bei den zuständigen Behörden eine Betriebsstillegungs-Anzeige zum 1. Januar 1928 einzureichen. Diese Anzeige soll es den Werken ermöglichen, ihre Betriebe unter Vermeidung eines Arbeitskampfes zum 1. Januar 1928 aus wirtschaftlichen Gründen zu schließen. Im Hinblick auf die mit Sicherheit zu erwartenden Rückwirkungen auf die anderen Bezirke haben sich die übrigen Hüttenwerke Deutschlands diesem Vorgehen angeschlossen.

Im Namen der Werke der deutschen Großeisenindustrie hat Herr Ernst Poensgen dem Herrn Reichsarbeitsminister das mit nachstehendem Schreiben vom 2. Dezember 1927 bekanntgegeben:

„Sehr verehrter Herr Minister!

Ich halte es für meine Pflicht, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die Werke, welche Ihnen gemeinsam die Eingabe vom 26. Oktober 1927 überreicht haben, sich genötigt sehen, einen Schritt zu tun, der hoffentlich nur vorbeugend zu sein braucht und den Sie gern vermieden hätten. Die Gewerkschaften bestehen nicht nur auf der strikten Durchführung der Verordnung vom 16. Juli bei vollem Lohnausgleich sowie einer ganz ungewöhnlichen hohen allgemeinen Lohnerhöhung, sie verlangen vielmehr überdies noch vom 1. Januar 1928 die Einführung des schematischen Achtstundentages für die gesamte eisenschaffende und eisenverarbeitende Industrie.

Auf Grund dieser Sachlage sehen sich die Werke gezwungen, den zuständigen Regierungsstellen zum 3. Dezember die gemäß der Stillegungsverordnung erforderliche Anzeige zugehen zu lassen, um in der Lage zu sein, ihre Betriebe am 1. Januar 1928 stillzulegen. Dieser Entschluß ist ein Akt der wirtschaftlichen Notwehr, den wir in vollem Bewußtsein der großen auf uns ruhenden Verantwortung und in der Hoffnung unternehmen, durch ihn einen Arbeitskampf mit seiner schweren Schädigung für Staat und Wirtschaft zu vermeiden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

gez. Ernst Poensgen."

Den Führern der drei Gewerkschaftsrichtungen in Rheinland-Westfalen ist Abschrift dieses Schreibens an den Herrn Reichsarbeitsminister mit folgendem Anschreiben übersandt worden:

„Nachdem zu unserem Bedauern auch die heutige Verhandlung keinerlei Klärung über die gemeinsame Stellungnahme der drei Gewerkschaften und keinerlei Bereinderung ihrer Forderungen gebracht hat und nachdem gemäß den Ihnen von uns vorgelegten Berechnungen auch in dem günstigsten Falle sich Belastungen für unsere Werke ergeben, die uns vor wirtschaftliche Unmöglichkeiten stellen, haben wir uns zu einem Schritt entschließen müssen, über den Sie näheres aus dem in Abschrift beigefügten Schreiben an den Herrn Reichsarbeitsminister vom heutigen Abend ersehen wollen."

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Sonntagsausgabe enthalten.)

*

Ueber die Gründe, welche die Industrie zu diesem Entschlusse geführt haben, erfährt die K. Z.:

Die Industrie gibt zur Begründung ihres Vorgehens an, daß durch das evtl. Inkrafttreten der Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli und durch die Ungewißheit hinsichtlich des Ausganges der Lohnverhandlungen, die auf Mittwoch, den 7. Dezember, anberaumt sind, die wirtschaftliche Lage der Schwerindustrie völlig ungewiß sei. Von Arbeitgeberseite wird weiter hinzugefügt, daß eine derartige Maßnahme hervorgerufen werde, daß durch diese dem eventuellen Arbeitskampf jegliche Schärfe genommen werde, und zwar dadurch, daß eine Aussperrung ja nicht stattfinde, sondern lediglich Kündigungen im Sinne der Stillegungsverordnungen damit ausgesprochen seien. Durch den Fall eines Inkrafttretens der Stillegung bleibt der wichtige Anspruch der Arbeitnehmerschaft auf Erwerbslosenunterstützung unberührt.

Wie einschneidend die geplante Maßnahme das gesamte deutsche Wirtschaftsleben belasten muß, ergibt allein aus der Tatsache, daß nicht nur zunächst die Stillegung der sämtlichen eisenerzeugenden Betriebe in Aussicht steht, sondern zunächst auch die Verarbeitungsbetriebe einbezieht. Mit dem gleichen Vorgehen ist auch für einige weitere große Konzerne, vor allem im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, zu rechnen. Zurzeit schweben noch Verhandlungen über die Einbeziehung weiterer Kreise der verarbeitenden Industrie in die Stillegungsmaßnahme. Etwa 220 000 bis 250 000 Arbeiter dürften vorerst durch diese Maßnahme betroffen werden.

Ob die Industrie die Drohung, die natürlich durch ihre sofortige Rückwirkung auf die gesamte kohlen- und eisenverarbeitende Industrie in unabsehbare Schädigungen der gesamten Volkswirtschaft sich auswirken würde, zur Durchführung bringen wird, ist noch gänzlich ungewiß. Es wird vor allen Dingen von entscheidender Bedeutung dabei sein, ob einmal der Reichsarbeitsminister auf der strikten Durchführung der Arbeitszeitverordnung besteht oder sich eventuell zu gewissen Aenderungen bereit erklärt. Zum anderen hängt die Entscheidung der Frage auch davon ab, zu welchen Rektifikationen die Gewerkschaften bei den bevorstehenden Schlichtungsverhandlungen sich geneigt finden lassen.

In Hinblick auf die Struktur der Gewerkschaften ist bei Beurteilung der Frage der Finanzierung eines evtl. Arbeitskampfes von Bedeutung, daß der freigewerkschaftliche Metallarbeiterverband nur rund 20 Prozent seiner Mitglieder im Bezirk hat bzw. in der Eisenerzeugung. Die Finanzierung eines etwaigen Arbeitskampfes würde daher diesem Verband wesentlich leichter fallen als dem Christlichen Metallarbeiterverband, bei dem etwa 80 Prozent der Mitglieder durch die geplante Maßnahme in Mitleidenschaft gezogen werden, und der dadurch in gewisse Komplikationen geraten könnte. Man führt auf diesen Umstand auch das Abweichen dieser beiden Verbände von ihren Forderungen zurück.

Der hervorstechendste Differenzpunkt war die Haltung der Christlichen Gewerkschaften hinsichtlich der Arbeitszeitfrage. Sie bestanden nämlich im Gegensatz zu den Freien Gewerkschaften nicht grundsätzlich auf sofortige allgemeine Einführung des Achtstundentages, sondern hatten sich zu Konzessionen für einzelne Arbeiterkategorien bereit erklärt.

Aus der Stadt.

Münster, 5. Dezember.

♧ **Dritter Kammermusikabend.** Am kommenden Freitag, den 9. Dezember, findet abends 20 (8) Uhr in der Aula des städtischen Gymnasiums der diesjährige dritte Kammermusikabend des Musikvereins statt. Das Programm des Abends bietet wiederum eine weitere Ergänzung des bisher Gebotenen und auch Abwechslung. Neben einem Klavierquintett mit dem Westf. Streichquartett (Frier, Göhre, Platz und Renger) und Erich Hammacher am Flügel kommt eingangs ein Streichquartett unseres stellvertretenden Direktors der Westf. Schule für Musik Dr. Richard Greß zur Uraufführung. Weiterhin singt Frau Margarete Zilcher-Kiefekamp die Marienlieder für Sopran und Streichorchester, eine Komposition ihres Gatten, die in Münster erstmalig zur Aufführung kommt. Der Vorverkauf ist im Verkehrsverein.

✈ **Ballonaufstieg.** Ballon Münster VI stieg Sonntag morgen 9.30 Uhr unter Führung von Frl. Marianne Hessing zu einer Fahrt auf. Die Landung erfolgte im Laufe des Nachmittags in Wilsum bei Bentheim.

⊐ **Ein rücksichtsloser Motorradfahrer.** Am Freitagnachmittag kurz vor 5 Uhr raste ein Motorradfahrer mit Maschine IX 54 141 die Aaidilstraße in Richtung zum Aaidiltor hinab und überfuhr in der Nähe des Gesellenhauses ein sechs- bis achtjähriges Kind. Ein Schutzpolizeibeamter, der Zeuge des Vorfalles war, bemühte sich, den rücksichtslosen Motorradfahrer zum Halten zu bringen; doch fuhr dieser so hart gegen ihn an, daß der Beamte gleichfalls Gefahr lief, überrannt zu werden. Das Kind hatte glücklicherweise keine nennenswerten Verletzungen erlitten.

○ **Eingebrochen** wurde in der Nacht zum Sonntag in das Herrenmaßgeschäft Lönre an der Rothenburg, das erst vor einigen Tagen von der Salzstraße nach dort übergesiedelt ist. Die Diebe haben fast das ganze Geschäftslokal ausgeräumt und in aller Ruhe die besten Sachen ausgesucht.

⊕ **Kleine Nachrichten.** Am Samstagnachmittag entstand auf dem Dachbodenraum der Fleiterschen Orgelfabrik an der Hammerstraße aus bisher unbekannter Ursache ein Brand in einem Lattenverschlage. Die städtische Berufsfeuerwehr sorgte durch schnelles Eingreifen dafür, daß kein größerer Schaden entstand. — In dem Hause Brinkstraße 6/7 stürzte am Samstagnachmittag eine Treppe zusammen. Die städtische Berufsfeuerwehr sorgte für die Forträumung der Trümmer und stellte notdürftig einen neuen Aufgang ins Obergeschoß her.

Stegerwald und die Beamten.

Die Gesamtvertretung der Münsterschen Zentrumspartei hielt am Sonntag abend im Liebfrauenstift, Wegesende, eine sehr zahlreich besuchte Versammlung ab. Die Versammlung sollte Gelegenheit geben, den Abgeordneten Stegerwald über seinen Standpunkt in der Frage der Beamtenbesoldungsreform zu hören und nach Möglichkeit die Mißverständnisse zu beseitigen, die im Anschluß an die Reden des Abgeordneten Stegerwald en standen sind. Abgeordneter Stegerwald legte in längerer Rede seinen bekannten Standpunkt dar und betonte besonders, daß er sich nicht gegen die Beamtenbesoldung an sich gewandt, sondern nur Kritik an dem Wie und dem Ausmaß der Vorlage geübt und sie im Rahmen der wirtschaftspolitischen Situation Deutschlands betrachtet habe. An der teilweise recht lebhaften Debatte, die sich dem Referat anschloß, beteiligten sich die Herren Boyer, Topphoff, Kaiser, Schmidt-Hecke, Klein, Wallermann, Kampschulte, Müller, Dr. Reichelt, Burling und Dropmann. In seinem Schlußwort ging Abgeordneter Stegerwald noch einmal auf die vorgebrachten Einwendungen ein. Gegen 12 Uhr erreichte die Versammlung, die im Interesse der Klärung nicht ohne Nutzen blieb, ihr Ende, da Herr Stegerwald kurz nach 12 Uhr die Rückreise nach Berlin antreten mußte. Wir kommen auf den Verlauf der Versammlung noch zurück.

Kettelerfeier der kath. Arbeitervereine.

Eine Massenkundgebung im Ketteler-Heim.

Fi **Münster**, 5. Dezember.

Eine machtvolle Kundgebung der katholischen Arbeitervereine des Bezirkes Münster war es, zu der sich die für Sonntagnachmittag im Ketteler-Heim an der Schillerstraße veranstaltete Kettelerfeier gestaltete. Aus allen Teilen des Bezirkes war man in hellen Scharen herbeigeströmt, um der Ehrung des großen sozialen Bekennerbischofs teilzunehmen, so daß schon lange vor Beginn der glanzvollen Veranstaltung der große Saal des Kettelerheims bis zum letzten Plätzchen von Männern, Frauen und Jünglingen der Arbeit besetzt war. Auf der Bühne, von frischem Blumengrün umrankt, erhob sich die Büste des Mainzer Bischofs, vor der sich die zahlreichen Arbeitervereinsvertreter mit ihren Fahnen und Wimpeln malerisch gruppierten.

Vor Beginn der Festversammlung fand in der Kapelle des Heims die feierliche Weihe von neun Wimpeln statt, die durch den Diözesanpräses Dr. Konermann im Auftrage des hochw. Herrn Bischofs nach einer kurzen Ansprache vorgenommen wurde. In eindringlichen Worten ermahnte er die dort zahlreich erschienenen Jünglinge, stets zu zeigen, daß sie katholische Männer seien, dazu berufen, später einmal führende Männer zu sein. Die Jugend müsse sich schulen und weiterbilden, sie müsse Werkjugendgruppe bleiben, aus der die Führer herangebildet würden. Der eindrucksvolle Weiheakt schloß mit einer kleinen Andacht bei Gebet und Gesang.

Anschließend begann gegen 16 Uhr im großen Saal

die Festversammlung,

zu der sich neben den zahllosen Arbeitervereinsmitgliedern auch eine stattliche Zahl von Ehrenmitgliedern eingefunden hatte. Man erblickte u. a. den Hochwürdigsten Herrn Bischof Dr. Johannes Poggenburg, Generalvikar Meis, den Direktor des Borromäums Dr. Melcher, Stadtdechant Msgr. Kochmeyer sowie zahlreiche sonstige Vertreter der Geistlichkeit von nah und fern, Oberbürgermeister Dr. Sperlich, Stadtverordnetenvorsteher Humperdinck, mehrere der Zentrumspartei angehörende Stadtverordnete, Landeshauptmann Dr. Dieckmann, Oberregierungsrat Eiler als Vertreter des Regierungspräsidenten, Oberregierungs- und Medizinalrat Dr. Engels als Vorsitzender des Katholikenkomitees von Münster, den Vorsitzenden des Volksvereins für das katholische Deutschland, Stadtrentmeister Holle und schließlich, von der Versammlung aufs lebhafteste begrüßt, Oberpräsident Gronowski. Diözesanpräses Dr. Konermann betrat alsdann das Rednerpult zu folgender

Begrüßungsansprache:

Als Bezirkspräses der katholischen Arbeitervereine eröffne ich die heutige Festversammlung, die dem Gedenken eines großen Mannes gilt, dem Bischof von Ketteler, dem großen Sohne der Stadt Münster, und zwar aus Anlaß seines 50. Todestages. Es haben gerade die katholischen Arbeiter besonderen Grund, in diesem Jahre sein Andenken zu ehren, in Liebe und dankbarer Verehrung seiner zu gedenken. Er war aber auch ein Kind dieser Stadt. Daher haben die katholischen Arbeiter diese Veranstaltung besonders festlich aufgezogen. Ich freue mich, daß ich so viele Gäste hier begrüßen kann. Gäste, die hierher gekommen sind im Sinne und Geiste Kettelers; und solche Männer ehrt die katholische Arbeiterschaft, hat sie von jeher geehrt, ehrt sie heute hier in ihrem Kreise und wird sie ehren, solange es eine christliche Arbeiterschaft gibt, die nicht auf dem Boden des Klassenkampfes steht, sondern im Geiste Kettelers mit den anderen Ständen zusammen mitarbeitet an einer Neugestaltung des Lebens. Ich begrüße zunächst Ew. Bischöflichen Gnaden. Sie haben im Verlaufe des Jahres schon an so manchen Kettelerfeier der Diözese teilgenommen, haben Worte gefunden voll Liebe und Verständnis für die Lage des arbeitenden Volkes, haben so ganz im Sinne Kettelers getröstet und geholfen, soweit Ihner solches möglich war, in der Hirtensorge eines Bischofs, der nach Heilandsart den Mühseligen und Beladenen besonders nahesteht. Die Arbeiterschaft des Bezirkes und mit ihnen der ganzen Diözese dankt Ihnen heute, Bischöfliche Gnaden, für alles Gute, das sie aus Ihrer Hand empfangen hat. Zugleich mit dem Oberhirten begrüße ich die übrigen Geistlichen, die hier unter uns erschienen sind. Ihr Erscheinen ist der Arbeiterschaft ein erneuter Beweis, daß der Klerus der Diözese Münster die Gesinnung Kettelers bewahrt hat; ein besonderer Trost für den Arbeitsmann, der sich, gerade heute oft wieder so verlassen fühlt, wenn er wenigstens bei seinen Priestern Liebe und Verständnis findet. (Beifall!) Ich begrüße weiter die Vertreter der Behörden, der staatlichen und kommunalen, und solcher Behörden, die der Arbeiterschaft durch ihre Tätigkeit nahestehen und heiße sie herzlich willkommen unter katholischen Arbeitern, die treu stehen zum heutigen Staat und seinen Farben, treu zu jeder gottgesetzten Autorität, solange sie nach dem Willen Gottes in ihrem Amte steht. Ich begrüße ferner die Vertreter anderer Stände, die hier weilen unter katholischen Arbeitern, die im Sinne der Volksgemeinschaft denken und arbeiten, aber einer wirklich dienenden, helfenden Volksgemeinschaft, die aufgebaut ist auf gegenseitiger Achtung und Anerkennung, auf Liebe und Gerechtigkeit, begrüße die Vertreter der christlichen Gewerkschaften zugleich mit einem Treugelöbnis zur christlichen Gewerkschaftsbewegung unter scharfer Ablehnung aller sozialistischen und sog. gelben Verbände. Ich begrüße ferner die Vertreter jener Partei, der Zentrumspartei, die den katholischen Arbeitern am nächsten steht, und zwar deshalb, weil wir unsere katholischen und unsere Arbeiter-Belange dort am besten vertreten sehen.

Und nun seid mir gegrüßt all ihr lieben Mitglieder, die ihr in so großer Zahl hierher gekommen seid. Ein besonderer Gruß gilt unserer Jugend, die zum erstenmal in solchen Scharen hier mit ihren Wimpeln erscheint. Und doch haben wir eigentlich keine neue Jugendbewegung aufgezogen, aufgezogen vielleicht als Konkurrenz-Unternehmen gegen andere Verbände, nein, wir haben nur unsere Jungmänner, die wir bisher in unseren Reihen schon hatten, fester zusammengeschlossen und wollen sie in diesem engeren Zusammenschlusse etwas mehr als bisher belehren, wollen sie mehr zu Führern und charaktervollen Männern heranziehen. Und nun wollen wir den Segen Gottes herabrufen auf unsere Versammlung, indem wir eine Strophe singen von dem Josephslied: Du aus Davids Stamm geboren. Das Lied wurde von der Versammlung mit erbaulicher Begeisterung gesungen.

Bischof Dr. Johannes Poggenburg

richtete anschließend folgende Worte an die Versammlung:

Dem Andenken des großen Sohnes unserer Diözese und der Stadt Münster, des unvergeßlichen Bischofs von Mainz, Freiherrn Wilhelm Emanuel v. Ketteler, ist diese Kundgebung gewidmet. Wilhelm Emanuel v. Ketteler, der fromme Priester, der seeleneifrige Bischof, hat sich um das materielle und geistige Wohl der deutschen Arbeiter unvergängliche Verdienste erworben. In Wort und Schrift hat er freimütig auf die sozialen Schäden der Gesellschaftsordnung hingewiesen, im Namen der Gerechtigkeit und der christlichen Nächstenliebe die Rechte des Arbeiterstandes wirkungsvoll und nachhaltig vertreten. Er war der mutige Vorkämpfer der deutschen Katholiken in allen Fragen des öffentlichen Lebens, der Begründer der katholischen Sozialpolitik. Erfüllt von heiliger Liebe zu den Seelen, war Ketteler vor allem darauf bedacht, den Glauben, in dem er selbst unerschütterlich feststand, seinen Mitmenschen zu verkünden und zu bewahren, die Gläubigen für die heilige Kirche zu begeistern, die Gnadenschätze der Kirche allen zu vermitteln — in der Tat ein Apostel der Deutschen im 19. Jahrhundert. Wenn wir heute im Geiste an sein Grab treten und auf die Botschaft hören, die er aus dem Jenseits uns zu verkünden hat, dann vernehmen wir eine dreifache Mahnung des großen Führers.

Haltet fest, Katholiken des Deutschen Reiches, so lautet die erste Mahnung, an dem kostbaren Gute des heiligen katholischen Glaubens! Lastet euch im gegenwärtigen Kampfe um die Entscheidung, ob Jesus Christus der Eckstein der Welt bleiben oder ob ein anderer gelegt werden soll, das himmlische Gnadengeschenk des heiligen Glaubens nicht rauben, jenes Glaubens, den der Sohn Gottes gelehrt, den die Apostel der Welt verkündet, für den eure Vorfahren gekämpft und gelitten, für den viele Blut und Leben geopfert haben. „Ihr habt ein Recht darauf", sagt Ketteler einmal zu den Arbeitern, „eure Lage zu verbessern. Wenn aber jemand euch helfen und führen will und dabei euren Glauben angreift, dann weist ihn ab, er ist nicht Führer, sondern Verführer." „Lasset in euren Familien den Geist Jesu Christi herrschen", so mahnte er die Gläubigen in einer Predigt. „Man kann die Bischöfe und Priester einkerkern, die Kirchen schließen, die Schulen entchristlichen und christliche Kinder zwingen, sie zu besuchen. Man kann aber nicht die christliche Familie gegen den Willen der Eltern zerstören; man kann nicht den Einfluß christlicher Eltern, den Einfluß ihres Gebetes, ihres Lebens und Geistes, ihres Beispiels auf die Kinder vernichten. Und so lange wir noch katholische Familien haben, so lange haben wir unter uns die katholische Kirche, ein katholisches Volk."

Liebet eure Kirche, so ruft Ketteler uns allen zu. Tretet mit Mut und Entschiedenheit ein für den Glauben, für die Kirche und ihre Rechte! Ketteler war ein helleuchtendes Vorbild in der Liebe und Treue zur heiligen Kirche. Dem Dienste der Kirche hat er sein Leben geweiht. Die ganze Schärfe seines Geistes wußte er zu gebrauchen, wenn es galt, für die Kirche zu arbeiten, ihre Rechte und Freiheit zu verteidigen. Die Kirche hat heute bittere Feinde. Daraus folgt, daß jeder Katholik, daß besonders die katholischen Männer kämpfen, mutig und entschlossen eintreten müssen für ihren Glauben und ihre Kirche. Ehrensache muß es für alle sein, den Glauben und die Kirche verteidigen zu können — der Arbeiter und Handwerker bei seinen Berufsgenossen, der Kaufmann und Beamte in seiner Umgebung, der Akademiker vor Akademikern. Die Glaubens- und Kirchenfeinde scheuen sich heute nicht, auf offener Straße, in Versammlungen, in Kinos und Theatern den Unglauben und die Unmoral zu predigen. Da sollen katholische Männer auch den Mut haben, in der Öffentlichkeit für Glauben und gute Sitte einzutreten. So viele haben Standesbewußtsein als Arbeiter, Handwerker, Kaufleute, Beamte, Gelehrte. Aber manche haben zu wenig Standesbewußtsein als Christen, als Kinder der katholischen Kirche. Fort mit der Menschenfurcht! Mehr katholisches Selbstbewußtsein! Schmach über jeden Katholiken, der nur mit kaltem, gleichgültigem Herzen zur Kirche gehört!

Die dritte Mahnung Kettelers lautet: Seid treu in der Erfüllung der religiösen Pflichten, gebt das Beispiel eines lebendigen Glaubens! Niemand kann sich heute berufen fühlen, im großen Weltanschauungskampfe die Schlachten Gottes zu schlagen, der nicht auch in der Erfüllung seiner religiösen Pflichten Treue und Pünktlichkeit beweist. Ich weiß recht wohl, daß die gewissenhafte Erfüllung dieser Pflichten von dem Arbeiter oft große Opfer fordert. Aber Gott Dank! Die katholischen Arbeiter lassen sich — das muß anerkannt und hervorgehoben werden — von keinem Stande an Opferwilligkeit sowohl in Erfüllung der kirchlichen Pflichten als auch im Kampfe um die höchsten idealen Güter übertreffen. Sie können in dieser Treue und Opferwilligkeit oft anderen Ständen als Vorbild dienen. Fahren sie fort, meine lieben katholischen Männer der Arbeit, im praktischen, religiösen Leben eine Kerntruppe zu bilden, auf die wir rechnen können! Stehen sie als echte Männer da, wenn es sich um katholische Fragen handelt! Ein echt katholischer Mann fordert nur katholische Schulen für seine Kinder; er verlangt Religionsunterricht in den Berufsschulen; er liest nur katholische Zeitungen, fördert die katholische Presse, gibt bei Wahlen keiner Partei seine Stimme, die für Religion und Kirche nichts hat als Spott und Hohn.

An euch, meine lieben jungen Freunde nach ein besonderes Wort: Der Kampf um die höchsten idealen Güter, von dem ich gesprochen, wird nicht in einem Jahre ausgetragen, er wird lange dauern. Im Laufe der Zeit lichten sich aber die Kämpferreihen, und es muß rekrutiert, für Ersatz gesorgt werden. Wir rechnen auf euch. Von euch erwartet die Kirche treue Anhänglichkeit, warme Begeisterung, glühenden Kampfesmut.

Haltet fest am Gebete, heiligt den Sonntag und stärkt euch oft durch andächtigen Empfang der heiligen Sakramente! Sucht eure Freude nicht im Alkohol, nicht in zweifelhaften Kinos und Theatern, nicht in falsch verstandener Freiheit und Zügellosigkeit! Haltet heilig das vierte Gebot! Geht anständig und sittenrein durchs Leben! Dann werdet ihr der Kirche und dem Vaterlande zum Segen gereichen.

Verehrte Anwesende! „Es gibt Gräber", so hat jemand gesagt, „die eigentlich nicht Stätten des Todes, sondern Quellen des Lebens sind." Zu diesen gehört auch Kettelers Grab im Dome zu Mainz. Ketteler ist gestorben, aber er lebt noch, lebt noch fort in seinen Worten und Taten. Sein Geist waltet noch mitten unter uns deutschen Katholiken. Möge er immer bei uns bleiben, der Geist des großen, sozialen Bischofs des katholischen Deutschland, das walte Gott! (Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Nachdem dann nach einem wohlgelungenen Gedichtvortrag dem Hochw. Herrn Bischof ein Blumenstrauß überreicht worden war, sprach Arbeitersekretär **Stegemann** dem Hochw. Herrn Bischof den innigsten Dank der katholischen Arbeiterschaft aus für alles das, was er in so reichem Maße für sie getan, dankte weiter den hochw. Präsides, die sich für die gute Sache aufopfern, und gab das Versprechen treuer Gefolgschaft auch für die Zukunft ab.

Der Hochw. Bischof sprach dann einer Anzahl von Jubilaren, die über 25 Jahre dem katholischen Arbeiterverein angehören, seinen herzlichsten Glückwunsch aus. Ihnen wurde später ein Andenken in Form einer Ketteler-Medaille überreicht.

Landtagsabgeordneter **Brockmann**-Rinkerode hielt die Festrede über das Thema: „Bischof von Ketteler und unsere Zeit." Die Versammlung dankte dem Redner für die Darlegungen, auf die wir noch zurückkommen, durch lebhaften Beifall.

Nunmehr richtete, von allen Seiten mit Händeklatschen begrüßt,

Oberpräsident Gronowski

einige Worte an die Versammlung. Er betonte zunächst die Notwendigkeit, das Standesbewußtsein und die Standesgesinnung des Arbeiters zu wecken, aufzurütteln und zu fördern. Ich frage Sie, so fuhr der Redner fort: ist in Ihren Kreisen das Standesbewußtsein und die Standesgesinnung dauernd so lebendig gewesen, bis auf diese Stunde, wie es der soziale Mainzer Bischof den katholischen Arbeitern ständig gepredigt hat? Antworten Sie selbst, ob Sie immer und überall Ihren Stand hoch und reingehalten haben. Diese Feierstunde ist nötig, eine solche Gewissenserforschung anzustellen. Der Arbeiter hat keinen Grund, seine Herkunft zu verbergen. Wir müssen reine Hände und anständige Gesinnung haben, dann erkämpfen wir uns die Achtung der übrigen Stände. (Bravo!) An diesen Arbeiterstand hat Emmanuel von Ketteler gedacht, diesen Stand wollte er haben. In Münster und dem Münsterland wird es nicht schwer sein, die Standestugenden zu wecken und zu fördern. Solange die katholische Kirche den katholischen Arbeiterstand hat, ist sie in gemeinsamer Arbeit mit den übrigen Ständen gerettet und nicht verloren. Aus innerer Überzeugung, nicht als Gewohnheitschristen stehen und fallen wir mit der katholischen Kirche. Und mit derselben Treue und Anhänglichkeit stehen wir auch zum Vaterlande, zur deutschen Republik. Wir verneigen uns vor den beiden Fahnen, die am Eingang dieses Hauses grüßend wehen, der Fahne des Volksstaats und der Kirche. Und wenn Sie am Weihnachtsmorgen in die Mette gehen, dann denken Sie an die Worte und Werke Kettelers und seiner Nachfolger, die alle das Wohl des Arbeiterstandes wollten, für die Arbeiterschaft, die Kirche und das Vaterland (Allseitiger Beifall.)

In seinem Schlußwort dankte der **Vorsitzende** nochmals allen, die zur glatten Abwicklung des Festprogramms beigetragen, besonders dem Gesangverein des Arbeitervereins Münster-Ost, der durch seine schönen Gesangsspenden erheblich zur Verschönerung des Nachmittags beigetragen, unterstrich den Gedanken des Standesstolzes und forderte vor allem die Werkjugend auf, Seite an Seite zu kämpfen und zu streiten mit den älteren Arbeitsgenossen für die gute Sache der katholischen Arbeiterschaft.

Das gemeinsame „Fest soll mein Taufbund immer stehen" bildete den würdigen Abschluß der in allen seinen Einzelheiten aufs glänzendste verlaufenen Ketteler-Festversammlung.

Günstiger Reichsbankultimo.

Berlin, 3. Dez. Nach dem Ausweis der Reichsbank haben die Wechseleinreichungen zum Ultimo des Monats November sich mit 367 Millionen RM. im mäßigen Rahmen gehalten. Betrachtet man das Gesamtniveau der Anspannung, so ergibt sich gegenüber dem Ultimo Oktober eine wesentlich geringere Anspannung. Man kann zum November-Ultimo mit einem Gesamtumlauf an Zahlungsmitteln rechnen, der ca. 40—50 Millionen RM. unter der 6 Milliardenarenze liegen dürfte. Er ist mithin ca. 200 Millionen niedriger als Ultimo Oktober, so daß sich eine um 200 Millionen geringere Anspannung ergibt. Auffällig am Ultimoausweis sind die außerordentlich starken Giroabzüge im Betrage von fast 300 Millionen RM. auf 485 Millionen RM. Es erscheint demnach, als ob die Banken jetzt Abzüge von ihrem Girokonto bei der Reichsbank Wechseleinreichungen vorziehen. Jedoch dürfte der wesentlich größere Teil der Giroabzüge von den öffentlichen Stellen und zwar insbesondere denen, die mit der Abwicklung der Rentenbankkredite zu tun haben, erfolgt sein. Jedenfalls sind wir der Meinung, daß die besonders starke Abziehung von Girogeldern nur zu einem sehr kleinen Teil auf Ansprüche der Wirtschaft zurückzuführen ist. Anhaltspunkte für die Gestaltung der Dezemberanweise gibt der November-Ultimoausweis der Reichsbank nicht, so daß man abwarten muß, wie sie den an sie herantretenden höheren Ansprüchen des Monats Dezember genügen wird, wozu sie, wie bereits ausgeführt, in der Lage ist.

Der Konflikt im Hammerfen-Korzern.

Die Klage der Dierig-Gruppe abgewiesen.

a **Osnabrück**, 3. Dez. Der bekannte Konflikt im Hammerfen-Konzern, der schon wiederholt die Generalversammlungen und die Gerichte beschäftigte, führte zu einer neuen Verhandlung vor der Kammer für Handelssachen beim Landgericht in Osnabrück. Die Dierig-Gruppe im Hammerfen-Konzern hatte Einspruch gegen die Bilanz erhoben und die Klage angestrengt. Sie warf der Hammerfen-Gruppe im Verlaufe des Kampfes, der in Wirklichkeit um die Machtmehrheit ging, vor, daß die Verwaltung ihrer Auskunftspflicht über die Bilanz in der Generalversammlung nicht in genügendem Maße nachgekommen sei. Die Klägerin hatte ferner die Ungültigkeitserklärung der Beschlüsse und Maßnahmen der letzten Generalversammlungen beantragt, da Geschäftsbericht und Bilanz nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprächen. Das Gericht wies die Klage ab. Die Klägerin hat die Kosten des Rechtsstreites zu tragen. Der Antrag der Beklagten auf Sicherheitsleistung wird abgewiesen. Das Gericht hielt die zwar knappen Auskünfte für genügend und schloß sich bei seiner ganzen Stellungnahme früheren Entscheidungen des Reichsgerichts in der gleichen Frage an. Ob der Machtkampf noch weiter ausgefochten wird, ist fraglich.

Baumwollnotierungen.

tu **Liverpool**, 3. Dez. (Tel.) Schluß. Dezember 10,52; Januar 10,53; März 10,53; Mai 10,53; Juli 10,48, Oktober 10,22. Tendenz: ruhig. Umsätze 4000.

tu **Newyork**, 3. Dez. (Tel.) Eröffnung. Dezember 19,52 bis 19,53; Januar 19,49—19,50; März 19,69—19,71; Mai 19,89 bis 19,90; Juli 19,86—19,90; Oktober 19,41—19,50. Tendenz stetig.

tu **Newyork**, 3. Dez. (Tel.) Zweites. Dezember 19,49; Januar 19,48; März 19,69; Mai 19,85; Juli 19,83; Zufuhr 4500.

tu **Newyork**, 3. Dez. (Tel.) Schluß. Dezember 19,53—19,55; Januar 19,50; März 19,68—19,70; Mai 19,81—19,85; Juli 19,80 bis 19,82; Oktober 19,32—19,36. Tendenz: stetig. Loko: 19,95.

tu **New Orleans**, 3. Dez. (Tel.) Eröffnung. Dezember 19,40; Januar 19,53; März 19,79; Mai 19,94; Juni 19,84; Juli —. Tendenz: stetig.

tu **New Orleans**, 3. Dez. (Tel.) Zweites. Dezember 19,53; Januar 19,62; März 19,81; Mai 19,79; Juli 19,83; Oktober 19,25; Tendenz: stetig.

tu **New Orleans**, 3. Dez. (Tel.) Schluß. Dezember 19,53 bis 19,56; Januar 19,64—19,65; März 19,82—19,84; Mai 19,92; Juli 19,79—19,80; Oktober 19,22—19,25. Loko 19,56. Tendenz: stetig.

Handelsnachrichten.

Neue U. S. A.-Privatschätzungen der Baumwollernte.

Die sehr bedeutende Baumwollhandelsfirma Jay u. Co., Newyork, beziffert, laut Kabelbericht des „Konfektionär", die diesjährige amerikanische Baumwollernte auf 13 275 000 Ballen. Die ebenfalls maßgebliche Southern Cotton Company in Dallas (Texas) kommt zu einem wesentlich geringeren Ergebnis mit 12 583 000 Ballen, das sich etwa in der Nähe des letzten amtlichen Schätzungsberichtes findet.

Die amtliche Großhandelsindexziffer vom 30. November 1927.

tu **Berlin**, 3. Dez. (Tel.) Die auf den Stichtag des 30. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber der Vorwoche um 0,6 v. H. von 140,9 auf 140,1 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen hat die Indexziffer der Agrarstoffe um 1,4 v. H. auf 137,2 (139,1) nachgegeben, die Indexziffer für Kolonialwaren ist um 2,0 v. H. auf 129,9 (132,5) zurückgegangen. Die Indexziffer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren hat sich um 0,1 v. H. auf 134,0 (134,2) gesenkt, während diejenige der industriellen Fertigwaren sich um 0,2 v. H. auf 155,3 (155,0) erhöht hat.

Vermischtes.

* ○ **Neue Skelettfunde in Berlin.** Berlin, 3. Dez. Ein Knochenfund im Südosten der Stadt gab heute zu allerlei Gerüchten Anlaß. Bei Kabelarbeiten an der Ecke Kottbuser-Skalitzer-Straße fand man die Skelette von drei Personen. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß es sich um sehr alte Knochen handelt. Sie wurden gesammelt und nach dem Schauhause gebracht. Die Skelette lagen unter einem alten Fundament, das stehen geblieben ist, als vor 50 Jahren das Haus neu gebaut wurde.

Schwerer Raubüberfall. — 300 000 Franken Lohngelder geraubt.

tu **Metz**, 4. Dez. (Tel.) **Zwei Kassierer der de Wendelschen Kohlengruben in Kleinrosseln wurden heute früh von drei Banditen überfallen und beraubt. Den Räubern fielen 300 000 Franken Lohngelder in die Hände. Der begleitende Nachtwächter wurde von ihnen niedergeschossen. Die Täter sind entkommen.**

Wetterdienst des Münsterischen Anzeigers

verantwortlich bearbeitet von Walter Lammert, Münster.

Allgemeine Wetterlage Sonntagabend.

Auch gestern hielt das ruhige und angenehme Wetter in ganz Westdeutschland an, der Himmel war allgemein bewölkt, die Temperaturen lagen bei leichten SO Winden zwischen 0—2 Grad C. tagsüber, während nachts leichter Frost (